

ASIEN AKTUELL

Staatsstreich mit Ansage? Zur gegenwärtigen Krise auf Fiji und ihrer Geschichte

Andreas Holtz

1 Einleitung

Fijis Staatsstrieche haben kulturelle, politische und wirtschaftliche Gründe. Der Hauptgrund indes dürfte in der Diskriminierungspolitik liegen, die in Fiji praktiziert wird. Die ethnische Fijian Supremacy, ausgedrückt im Landeigentum, basiert auf traditionellen Gesellschaftsstrukturen und -vorstellungen. Land und die Eigentumsrechte an demselben sind als solche in einer monetarisierten Gesellschaft relativ unbedeutend. Die Signifikanz von Land drückt sich eher in dem Mehrwert aus, der sich mittels einer produktiven Nutzung geldwert erzeugen lässt. Die Nutzer des fijianischen Landes sind aber in der Überzahl Inder. Reiche, mit wirtschaftlicher Macht versehene Inder treffen hier auf arme, aber politisch mächtige Fijianer. Dies ist ein Konfliktpunkt.

Ein weiterer besteht in der ungleichen Wohlstandsverteilung. Ethnische Unterschiede werden hierbei zu Klassenunterschieden. Die Benachteiligten haben sich in Fiji 1985 zur Fiji Labour Party zusammengeschlossen. Dabei erscheint die Furcht der herrschenden fijianischen Klasse vor dem eigenen Absturz in die Bedeutungslosigkeit als bedeutsam. Eine ausgleichende sozialistische Regierung, so die Befürchtung, hätte das Eigentumsrecht (an Land) reformiert und damit die wirtschaftlichen und letztlich auch die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse umgestoßen. Die Gruppe der Chiefs versuchte, die in der Gesamtbevölkerung gegenseitig vorhandenen Vorurteile zu nutzen, um die eigene Herrschaft zu sichern. Die Forderung Ratu George Cakobaus, Fiji müsse zu den Fijianern zurückkehren, betraf zuerst die fijianischen Chiefs (vgl. Lal 1988:63f.).

2 Die Rabuka-Republik als Folge der ersten Staatsstrieche 1987

Die Wahlen des Jahres 1987 zeigten die bestehenden Konfliktlinien auf. Aus dem ethnisch geprägten Gegensatz wurde einer durch die unterschiedlichen Klassen geprägt. Im April 1987 wurde der Labour-Chef Bavadra Premier. Obwohl selbst

ein indigener Fijianer, wurde seine Koalition von den traditionellen fijianischen Führungskräften abgelehnt. Indigene Nationalisten befürchteten den Verlust ihrer Autorität und damit ihres Einflusses. Als Reaktion formten sie daraufhin die nationalistische Partei *Soqosoqo ni Vakavulewa ni Taukei*. Kurz nach der Wahl wurde ein Treffen der Wahlverlierer abgehalten, um angeblich das Ergebnis zu analysieren. Im Ergebnis wurde eine Petition verfasst, die Verfassung derart umzugestalten, dass nur noch indigene Fijianer (gemeint sind Chiefs) Staatsämter bekleiden können. In anderen Orten Fijis begannen politische Kundgebungen und Demonstrationen der indigenen Fijianer gegen die demokratisch legitimierte neue Regierung.

Vor diesem Hintergrund entschloss sich Oberst Rabuka, die gewählte Regierung militärisch zu stürzen. Am 14.05.1987 schlugen seine Truppen zu und nahmen die Regierung in Geiselhaft. In der Armee selbst hatte Rabuka ein leichtes Spiel, da die überwiegende Mehrheit der Soldaten, über 90%, indigene Fijianer sind (vgl. Kumar 1997:91).

Die zivilen Beteiligten und Betroffenen traten nach dem Coup in Verhandlungen. Die Taukei-Führer zeigten sich moderat und Rabuka selbst wurde in den Hintergrund gedrängt. Die abgesetzte Koalitionsregierung und die Spitzen der indigenen Parteien einigten sich im so genannten *Deuba Accord* darauf, eine gemeinsame Regierung zu bilden (vgl. Robertson/Tamanisau 1988:142). Rabukas Befürchtungen gingen nun dahin, dass seine erhoffte Fijian Supremacy verwässert werden und dass das Militär seine politische Stellung verlieren könnte (vgl. Lawson 1991:272). Das Resultat bestand in einem erneuten Putsch im September 1987. Rabuka erklärte Fiji zur Republik und trat aus dem Commonwealth aus. Das Hauptziel Rabukas lag in der staatlichen Zementierung der indigenen Vorherrschaft. Sein auf ideologisierten und verfälschten Vorstellungen beruhender Traum eines fijianischen Fijis konnte der Realität aber nicht standhalten. Die "Rabuka-Republik", die aus den beiden Putschen entstand, basierte vor allem auf dem Machtfaktor der Armee,¹ die von Rabuka nun als deren Oberbefehlshaber kontrolliert wurde. Das nationale Interesse, dem sich die Armee verpflichtet fühlte, schloss die Mehrheit der Nation aus. Das nationale Interesse war das Interesse der indigenen Führungsschicht und fand nur wenig Rückhalt im Volk. Dort, wo Gewaltandrohung ein Regime aufrechterhält, ist von einer mangelnden Legitimität des Regimes und von fehlender politischer Stabilität auszugehen (vgl. Lawson 1992:15). Der vermeintliche Wandel des Systems durch die Putsche diente tatsächlich eher dem Erhalt und der Restauration vergangener Herrschaftssysteme.

Dabei zeigte sich eine typisch pazifische Konfliktkonstellation, die sich im gestörten Verhältnis zwischen Tradition und Moderne darstellt. Die Seite der Tradition wird vor allem durch die traditionellen Chiefs und das Militär verkörpert, das sich als Hüter indigener Werte versteht. Faktisch bedeutet dies die Zementierung des beste-

¹ Die Truppenstärke der Armee vor dem Putsch lag bei 2.200 Mann. Nach dem Putsch erreichte sie 6.000 Mann (vgl. Sanday 1998:28).

henden Herrschaftssystemen und damit der bestehenden Klassenunterschiede. Auf der anderen Seite steht die Moderne, die ihren Ausdruck vor allem im Bestehen eines modernen Staates findet. Bis zu den ersten Putschen 1987 war die Tradition im modernen Staat verwurzelt. Mit dem Erfolg der Labour-Party wurden die traditionellen Herrschaftsmuster aus dem modernen Staat zurückgedrängt, sodass der Konflikt zwischen gesellschaftlicher Tradition und staatlicher Moderne offenkundig wurde und das Militär intervenierte. Uninteressant war dabei, ob eine Regierung demokratisch legitimiert war oder nicht, sofern die Ergebnisse des modernen demokratischen Staates gegen vermeintliche Traditionen und damit gegen Interessen verstößt. Schon 1987 zeichnete sich als Blaupause für die späteren Putsche ab, dass der Gegensatz zwischen Indern und Fijianern nur vorgeschoben war, während primär die Durchsetzung indigener Interessen und damit die Konservierung bestehender Herrschaftssysteme im Vordergrund standen.

In den Folgezeit wurde die fijianische Vorherrschaft in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereichen ausgebaut. Die neue Verfassung vom 25.07.1990 garantierte die besonderen Rechte der indigenen Bevölkerung. Von vornherein nur als Übergangsverfassung für unruhige Zeiten geschaffen hatte sie dennoch bis Juli 1997 Bestand (vgl. Lal 1998:57). Das gesellschaftliche System der indigenen Fijianer hielt verstärkt in politische und wirtschaftliche Bereiche Einzug. Korruption, Nepotismus, Klientelismus und Missmanagement waren die Folge (vgl. ebda.:56). Viele gut ausgebildete Inder verließen das Land, was einen nachhaltigen wirtschaftlichen Schaden erzeugte.² Auch hier zeigte sich wieder der Gegensatz von Tradition und Moderne. Die Regelungsmuster, die im modernen Staat durchaus als Korruption gebrandmarkt würden, waren im traditionellen Gesellschaftssystem Fijis legitim. Erst nachdem sich aus den personenfixierten Herrschaftssystemen eine neue Form der entpersonalisierten Staatlichkeit entwickelt hatte, wurde das netzwerkartige System personaler Nutznießung sanktioniert und kriminalisiert (vgl. Gerstenberger 2001:447-450).

3 Politische Reformen als Folge des ökonomischen Niederganges

Bereits 1993 schienen der Regierung unter Rabuka die Schwierigkeiten, die das Land nicht zuletzt wegen der Vorherrschaft der indigenen Fijianer zu erleiden hatte, bewusst zu werden. Eine Verfassungskommission wurde 1995 eingesetzt, deren Verfassungsvorschlag schließlich im Juli 1997 gebilligt wurde. Fiji verfügte nun über eine ausgewogene und liberale Verfassung. 1999 wurde die erste Wahl auf Grundlage der neuen Verfassung durchgeführt. Der neu gewählte Labour-Premier Mahendra Chaudrey stand für ein neues Fiji. Seine Zugehörigkeit zur indo-fijianischen Gruppe verunsicherte aber auch solche Indigenen, die für die Labour Party

² Lal (1998:56) berichtet von der Emigration folgender Berufsstände (in Prozent) zwischen 1987 und 1995: Manager (86%), Buchhalter (60%), Statistiker und Mathematiker (67%).

gestimmt hatten. Chaudrey war sich seiner besonderen Stellung und Situation bewusst, sodass er den indigenen Fijianern versicherte, nicht gegen ihre Interessen regieren zu wollen (vgl. Lal 1999:33). Die 1999er-Wahl ist aus verschiedenen Gründen bedeutsam. Erstens wurde das durch das Militär mit der 1990er-Verfassung eingesetzte System friedlich in ein ziviles und demokratisches System transformiert. Zweitens stoppte die neue Regierung das neoliberale Reformprogramm der Vorgängerregierung und drittens wurde den nichtindigenen Fijianern das erste Mal die volle politische Partizipation ermöglicht (vgl. Prasad 1999:10). Chaudrey brachte das Land zurück in das Commonwealth und er versuchte, die Landfrage im Interesse aller Fijianer zu lösen.

4 Die Restauration indigener Vorherrschaft durch George Speight 2000

Die besondere Bedeutung von Land für alle Insulaner des Südpazifiks und die damit verbundene Eigentumsfrage bestimmt auch den versuchten Sturz Chaudreys durch den indigenen Geschäftsmann George Speight. Speight schmückte sich zwar nach außen mit einer nationalistischen Einstellung. Bedeutender war jedoch die Angst der herrschenden indigenen Klasse vor einem wirtschaftlichen Verlust. Der Konflikt-hintergrund besteht in der fijianischen Mahagoniproduktion. Am Konflikt beteiligt waren neben Speight und der legitimen fijianischen Regierung vereinzelte Amtsträger der alten Rabuka-Regierung sowie ausländische Investoren (vgl. hierfür und im folgenden Wilkinson 2000:41; Khan 2000:C1,C8).

Speight selbst arbeitete ursprünglich für eine lokale Versicherungsgesellschaft, deren Investor eine Firma des Finanzministers aus der Rabuka-Zeit, Ah Koy, gewesen ist. Koy wurde der politische Patron Speights, während dieser potente ausländische Investoren für Koy's Geschäfte organisierte. Im November 1997 kam er mit dem Geschäftsmann Marshall Pettit in Kontakt, um Tropenholzgeschäfte abzuwickeln. Seit März 1998 stand Speight bei Pettit als Berater auf der Gehaltsliste. Zwischenzeitlich machten sich seine guten Verbindungen in die fijianischen Regierungskreise bezahlt und Speight wurde Geschäftsführer der für Fijis Wirtschaft wichtigen Fiji Hardwood Corporation. Pettit fädelte ein Geschäft mit der US-amerikanischen Firma Timber Resource Management (TRM) ein, die Speights Kontakte und Position nutzen wollte. Die Rabuka-Regierung sondierte den Markt jedoch ebenso über ihre Mittelsmänner von PriceWaterhouseCooper. Als möglicher Geschäftspartner wurde die britische regierungseigene Commonwealth Development Corporation (CDC) ausgemacht, die insgesamt das beste Angebot machte. Neben den eigentlichen Zahlungen, die geringer waren als die Zahlungen des TRM, stand die Zusicherung der Briten, den für Fiji ungleich wichtigeren Zuckermarkt offen zu halten. Die Regierung verwarf jedoch das in diesem Sinne gute Angebot der Briten und sicherte den US-Amerikanern die Rechte an der Mahagoniproduktion zu.

Das Geschäft wäre für die Beteiligten gut gelaufen – Speight hatte bereits US\$ 55.000 an Honorar kassiert –, wenn Rabuka die Wahl 1999 nicht verloren hätte. Chaudrey entfernte Speight aus seinen holzwirtschaftlichen Ämtern und hegte offen Sympathie für das Angebot der CDC. Allerdings stieß Chaudreys Entscheidung nicht überall auf Wohlwollen. Ohnehin erfreute sich der energische Premier wegen seiner Reformen nur geringer Beliebtheit. Der einflussreiche Native Land Trust Board, der das indigene Land verwaltet und für die Leasingvergabe zuständig ist, wurde von Speight bedrängt, eher dem TRM denn der CDC den Zuschlag zu erteilen. Das TRM, so Speight, sei die Firma, die das indigene Brauchtum am meisten achte. Damit wurde zum wiederholten Male die Tradition zur Durchsetzung von Herrschafts- und Eigentumsinteressen missbraucht und somit zum nicht zu hinterfragenden Argument, das in Fiji immer als letztes Instrument zur Interessenswahrung genutzt wird. So schürte er die vorhandenen Ressentiments der indigenen Fijianer gegenüber der in ihren Augen verräterisch agierenden indo-fijianischen Regierung. Tatsächlich wären die indigenen Eigentümer (sprich: die indigene Führungsschicht, vgl. Alley 2001:227) des Mahagonibestandes durch die höheren Zahlungen der US-Amerikaner bessergestellt gewesen. Durch den Zuschlag an die Briten wurden sie scheinbar benachteiligt, während der Zuckerzusatzdeal die Zuckerfarmer, die meist zu der indo-fijianischen Gruppe gehören, bevorzugte. In den Augen der Indigenen war dies der Beweis ihrer Benachteiligung durch die "indische" Regierung zugunsten der Indo-Fijianer.

Im Frühjahr 2000 demonstrierten bis zu 10.000 Indigene gegen die Regierung. Der Aufstand wurde von Speight genutzt, der am 19.05.2000 die Regierung als Geisel nahm. In den darauffolgenden Unruhen und Plünderungen machte sich das Machtvakuum bemerkbar, das durch die Festsetzung der Regierung entstanden war. Die Armee sicherte deswegen die Ordnung im Land. Der Armeechef Bainimarama setzte den Präsidenten Mara ab und ernannte sich selbst zum Premier. Am 29.05.2000 verhängte die Armee das Kriegsrecht. Allerdings verweigerte sie die Zusammenarbeit mit Speight und bot ihm eine Amnestie an, wenn er seine 30 Geiseln freilassen würde.

Anfang Juli wurde schließlich eine Zivilregierung unter dem Indigenen Laisenia Qarase vereidigt. Speights Anhänger gaben allerdings noch nicht auf und lieferten sich mehrere Gefechte mit den Regierungstruppen. Am 13.07.2000 wurden die Geiseln freigelassen. Der Council of Chiefs wählte den Speight-Vertrauten Ratu Josefa Ioilo zum Präsidenten, der sich sogleich um die Bildung einer neuen Regierung bemühte. Qarase blieb Premier und versuchte, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Tatsächlich begannen sich zwei Regierungen zu etablieren. Neben Qarase setzte sich Chaudrey wieder als der legitime Premier ins Licht. Das politische Chaos, das mit der Geiselnahme entstanden war, beschäftigte dann die Richter. Sie hatten die Aufgabe, eine legitime Regierung zu bestimmen, um damit eine gesicherte Rechtslage wieder herzustellen. Die Richter urteilten letztendlich, dass die gewählte Regierung legitim sei und die Verfassung von 1997 Gültigkeit habe. Qa-

rase wurde jedoch durch starke Kräfte, vor allem in der Armee, gestützt. Selbst in der Labour Party Chaudreys befürchtete man bei einer weiteren Amtsführung des eigentlich gewählten Premiers eine Wiederholung des Putsches. Im September 2001 wurde Qarase zum Premier gewählt. Die liberale Verfassung von 1997 blieb in Kraft. Erwartungsgemäß führte der Zusammenprall der beiden Volksgruppen mit seinen wirtschaftlichen Ursachen zu einem Unentschieden. Die Regierung war wieder indigen, muss sich jedoch auf eine liberale Verfassung berufen (vgl. zu diesem Paradox Fraser 2002).

Die wirtschaftlichen Ausfälle für Fiji sind enorm. Die Folgen der 2000er-Revolte sind denen der Putsche des Jahres 1987 ähnlich. Über 2.000 Indo-Fijianer verließen das Land. Ein erneuter Putsch würde wiederum katastrophale Folgen für die Ökonomie Fijis haben (vgl. Qarase 2006:7).

5 Die Sonderstellung der Streitkräfte

Neben dem ethnischen Konflikt und seinen wirtschaftlichen Komponenten fällt in Fiji die besondere Rolle der Armee als politischer Faktor ins Auge. Seit 1987 wurde die Armee zahlenmäßig verdoppelt und gilt seitdem als einer der wichtigsten Arbeitgeber für indigene Fijianer (vgl. Singh 2001:166). Neben den armeetypischen Aufgaben fällt die Aufgabe der inneren Sicherheit (vgl.: www.fiji.gov.fj/ vom 16.03.05) ins Auge. Vor diesem Hintergrund befindet sich die Armee in einem Spannungsfeld als Bewahrer der indigenen Vorherrschaft und als Garant für eine gesamtstaatliche Stabilität, sodass Ultra-Nationalisten bekämpft werden. Dies gilt um so mehr bezüglich der gegenwärtigen Situation, in der sich die demokratisch legitimierte Regierung anschickt, eine Amnestie für die 2000er-Putschisten um George Speight durchzuführen. Armeechef Bainimarama hat nicht vergessen, dass er selbst nur knapp einem Mordanschlag von Speights Anhängern entkommen konnte. Daneben ist die Armee ein ökonomischer Faktor. Die eigentliche Aufgabe der Landesverteidigung erscheint zweitrangig. Neben den klassischen landwirtschaftlichen Exportgütern Fijis verkauft das Land Sicherheit, die Fiji anbietet und die die Vereinten Nationen gerne annehmen. Darüber hinaus wird die freiwillige Involvierung in externe Konflikte mittels der UN-Einsätze zur Ablenkung innenpolitischen Differenzen und somit zur Festigung bestehender Herrschaftsstrukturen genutzt (vgl. Halapua 2003:112).

6 Die Streitkräfte als Machtfaktor und Behüter der Tradition: die Putschankündigung im Herbst 2006

Die Regierung Qarase hatte also verschiedene Unruheherde zu löschen. Auf der einen Seite war sich der indigene Fijianer Qarase durchaus bewusst, dass seine Regierung auch von der Opposition mitgetragen wird und er deswegen auf diese Rücksicht zu nehmen hat. Auf der anderen Seite musste er die Armee in Schach halten, die sich vor allem als Grahshüter indigener Werte, Traditionen und somit auch der

indigenen Vorherrschaft versteht. Dass er sich in seinen Entscheidungen formal auf das legale Recht und die Verfassung von 1997 berufen kann, ist zwar zweifelsfrei, aber angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse im Land keine Beruhigung.

Bei den letzten Wahlen im Mai 2006 konnte sich Qarase wieder knapp vor Chaudry durchsetzen. Beide Parteien gönnten sich im Wahlkampf nichts. Chaudry und Qarase bezichtigten sich gegenseitig des Terrorismus, der Involvierung in den Putsch des Jahres 2000 und des Stimmenkaufs bei der Wahl 2001. Polizeichef Hughes, der als Australier im Juli 2003 von der Regierung in Suva zur Reform und zur Effizienzsteigerung der rund 4.000 Mann starken Polizeikräfte bestellt wurde, versuchte die Kontrahenten zu beruhigen (vgl. www.theage.com.au/ (E) vom 04.11.2006). Bereits 2005 versuchte der Vorsitzende der Wahlkommission, Leung, die Parteien zu einem Wahlkampf zu verpflichten, der auf falsche Anschuldigungen und diskriminierende Sprache verzichten sollte. Hughes unterstützte diese Position. Die Tatsache, dass Hughes Australier ist, erschwerte seine Arbeit zusätzlich (vgl. www.spiegel.de/ vom 02.11.06).

Bainimarama versucht seinerseits seit einiger Zeit, Einfluss auf die Regierung auszuüben. Im Kern geht es ihm dabei um zwei Gesetzesvorhaben, deren Verabschiedung seiner Ansicht nach die Stabilität des Landes gefährdeten. Bainimarama kündigte deswegen im Sinne eines vorweggenommenen Handelns eine mögliche militärische Intervention an, die er jedoch nicht zuletzt auf Druck des Auslands nicht als gewaltsame Machtübernahme bezeichnen wollte (vgl. www.theage.com.au/ (C) vom 04.11.06).

Bereits 2004 machten Qarase und Chaudry klar, dass umfangreiche Reformen des Landrechts, der damit zusammenhängenden Zuckerindustrie und der Verfassung notwendig seien, um Fijis Zukunft konstruktiv zu gestalten. Allerdings war beiden bewusst, dass ein solcher Eingriff in indigene Traditionen zu einem Streitpunkt mit der Armee führen musste (vgl. Chandrasekharan 2004:1). Im Zuge dessen verabschiedete die Regierung Qarase im April 2005 die Reconciliation, Tolerance and Unity Bill (RTU) und im August 2006 die Qoloqoli Bill, von denen vor allem die RTU für Aufruhr sorgt. Art. 18(2) der RTU regelt die Reparationsansprüche der durch den Speight-Putsch Geschädigten und Art. 21 befasst sich mit einer Amnestie der Putschisten (vgl. Fiji 2005; ICJ 2005:3). Die Qoliqoli Bill regelt die Besitzrechte indigener Fijianer an Küstenland. Armeechef Bainimarama befürchtet dadurch negative Auswirkungen auf die für Fiji immens wichtige Tourismusindustrie (vgl. www.theage.com.au/ (D) vom 04.11.06). Sein Hauptargument liegt in der von ihm unterstellten, gerichtlich aber noch nicht fixierten Unvereinbarkeit der RTU mit der gültigen Verfassung von 1997 (vgl. Lal 2005).

So machten bereits im Jahr 2005 Befürchtungen die Runde, dass es einen erneuten Militärputsch in Fiji geben könnte, nachdem sich Bainimarama wiederholt gegen die Gesetze ausgesprochen hatte (vgl. Chandrasekharan 2005). Qarase zeigte sich jedoch wenig beeindruckt und teilte mit, dass Bainimaramas Interpretation der Verfas-

sung von 1997 kein Recht zur militärischen Intervention liefern könnte (vgl. ders. 2006). Bainimarama konterte daraufhin, dass die Gesetze der Regierung moralisch und ethisch falsch seien und warnte vor einem möglichen Blutvergießen (vgl. www.theage.com.au/ (B) vom 04.11.06). Damit spielte Bainimarama offen die traditionelle Karte. Die modernen Spielregeln eines demokratischen Rechtsstaates werden von ihm und der traditionellen Führungsschicht nicht als solche anerkannt, wenn sie sich gegen die subjektiv interpretierten Traditionen und somit gegen traditionelle Herrschaftssysteme stellen. Der Konflikt zwischen Tradition und Moderne vermischt sich hier mit einem Interessenskonflikt.

Um seiner indirekt ausgesprochenen Drohung Nachdruck zu verleihen, ließ er 1.000 seiner Soldaten und Reservisten zu einer Parade in der Hauptstadt Suva aufmarschieren, bei der mitgeteilt wurde, dass keineswegs ein Coup geplant sei (vgl. www.theage.com.au/ (C) vom 04.11.06). Dennoch beschlagnahmte die Polizei einige Tonnen Munition im Hafen Suvas, die für die Armee bestimmt waren. Wenig später war von einer ursprünglichen Zurückhaltung nur noch wenig zu spüren. Bainimarama drohte nun offen mit der Absetzung der Regierung und ließ seine Truppen in Suva Stellung beziehen, um, so die offizielle Mitteilung, im Manöver die Abwehr einer Intervention zu üben (vgl. www.fijitimes.com (A) vom 03.12.06). Anfang Dezember setzte die Armee der Regierung eine Frist, um mit einer *clean up campaign* ihre Forderungen umzusetzen. Andernfalls würde die Armee intervenieren. Zwar blieb nach Ablauf der Frist die Lage noch ruhig, aber dennoch war die Stimmung gespannt (vgl. www.fijitimes.com (B) vom 03.12.06).

Das Ausland, namentlich Australien, Neuseeland und die USA, reagierten prompt und sagten der demokratisch legitimierten Regierung Qarase ihre Unterstützung zu. Australien hat inzwischen drei Kriegsschiffe nach Fiji entsandt, um ggfs. die rund 7.000 Australier in Fiji zu schützen (vgl. www.theage.com.au/ (A) vom 04.11.06). Die UN drohen mit dem Abzug fijianischer Truppen aus UN-Einsätzen, was den ohnehin großen wirtschaftlichen Schaden noch erhöhen würde (vgl. www.fijitimes.com (C) vom 03.12.06).

Damit stellt sich international vor allem die Frage, inwieweit die Biketawa-Erklärung der Pacific Forum-Staaten greift, das im Falle eines Notstandes eine Intervention des Auslandes vorsieht. Australien gerät dadurch mehr und mehr in eine Zwickmühle, seit sich der von Canberra im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus ausgerufene Arc of Instability in Melanesien immer mehr ausdehnt und zu einem kostenintensiven Arc of Responsibility für Australien wird (vgl. www.theage.com.au/ (F) vom 04.11.06). Trotz anfänglicher Dementi seitens der Regierung in Suva hat die Regierung Qarase die Zeichen des Kräftespiels der Armee richtig interpretiert und zumindest die entsprechenden umstrittenen Passagen der RTU gestrichen.

Allerdings legte Bainimarama inzwischen nach und forderte neben der Negierung der umstrittenen Gesetzesvorhaben den Stopp der Ermittlungen gegen ihn, die Ent-

lassung des australischen Polizeichefs Hughes, die Auflösung der bewaffneten Polizeikräfte, die stärkere Einbindung des Native Land Trust Boards in wirtschaftliche Fragen und die Entlassung aller seiner Meinung nach in den 2000er-Putsch involvierten Regierungsmitglieder (vgl. www.fijitimes.com (D) vom 03.12.06). Damit legte Bainimarama die Konfliktlinien offen. Mit dem Stopp der o.g. Gesetzesvorhaben und der stärkeren Einbindung des Native Land Trust Boards zeigt sich die „interessenabhängige Tradition“, die ihre Vorrechte durch einen modernen Staat gefährdet sieht. Aus diesem Grunde wird auch die Auflösung der bewaffneten Polizei als Machtfaktor der (staatlichen) Regierung und die Entlassung des australischen Polizeichefs Hughes gefordert. Besonders Hughes ist dem Militär und den dadurch vertretenen Interessen im Weg, weil er sich als Ausländer nicht den traditionellen Bindungen unterwirft. Eine Auflösung der bewaffneten Polizei stärkt zudem die Machtposition der Armee und somit der traditionellen Kräfte.

Es besteht dadurch zum ersten Mal in Fiji die Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen Tradition und Moderne, zwischen Gesellschaft und Staat, zwischen Armee und Polizei sowie zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Der ethnische Konflikt zwischen Fijianern und Indern ist damit nichts mehr als eine Tarnung der tatsächlichen interessengeleiteten Gegensätze.

Um eine Gewalteskalation zu vermeiden, hat Premier Qarase das Pacific Forum im Rahmen der Biketawa-Erklärung um Hilfe gebeten (vgl. www.fijitimes.com (E) vom 03.12.06, www.smh.com.au (A) vom 03.12.06). Das im Dezember 2006 tagende Forum diskutierte ein mögliches Eingreifen offen, wobei das Wort „Intervention“ ausdrücklich vermieden wurde (vgl. www.fijitimes.com (F) vom 03.12.06). Australiens Premier Howard gab dennoch bereits Anfang November 2006 ausdrücklich zu verstehen, dass eine Intervention auch in Fiji nicht ausgeschlossen sei (vgl. www.news.yahoo.com vom 03.12.06, www.fijitimes.com (G) vom 02.12.06). Die Armee betrachtet hingegen eine solche Intervention als einen feindlichen Akt, auf den entsprechend reagiert werden müsse (vgl. www.fijitimes.com (H) vom 03.12.06, www.smh.com.au (B) vom 03.12.06). Damit droht der interne Konflikt in Fiji, der sich auch dadurch zeigt, dass sich der der Tradition verpflichtet fühlende Präsident Fijis den Armeeforderungen anschließt (vgl. www.fijitimes.com (I) vom 03.12.06), zu einem regionalen Konflikt zu werden. Allerdings ist der Armee in Fiji durchaus bewusst, dass eine Intervention in Fiji verlustreicher wäre als die RAMSI-Intervention des Forums auf den Salomonen und dass die Hegemonialmächte Neuseeland und Australien aus innenpolitischen Gründen und im Falle Australiens auch aus Gründen der militärischen Überdehnung eine mögliche Intervention überdenken werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das interne Kräfteressens Fijis zu einem regionalen Gewaltkonflikt eskaliert. Australiens Premier Howard teilte inzwischen mit, dass entgegen seiner vormaligen Äußerungen eine Entsendung australischen Militärs trotz der inzwischen vollzogenen Machtübernahme durch Bainimarama nicht möglich sei (vgl. www.theage.com.au (G) vom 05.12.06).

Literatur

- Alley, Roderic (2001): "Fiji's Coups of 1987 and 2000: A Comparison", in: *La Revue Juridique Polynésienne*, No. 7, Hors Série 2001
- Chandrasekharan, S. (2004): *Fiji: A Military Coup averted?*, South Asia Analysis Group Papers, No. 940 vom 03.03.04, Noida
- Chandrasekharan, S. (2005): *Fiji: Heading Towards a Coup?*, South Asia Analysis Group Papers, No. 1479 vom 27.07.05, Noida
- Chandrasekharan, S. (2006): *Fiji: Army-Government Confrontation. It is still not too late for a Compromise*, South Asia Analysis Group Papers, No. 2012 vom 03.11.06, Noida
- Fiji, Government of (2005): *Reconciliation, Tolerance and Unity Bill*, Suva
- Fraser, Ian (2002): "On Chaudry v Qarase and Qarase v Chaudry – And Law vs Order in the South Pacific", in: *La Revue Juridique Polynésienne*, No. 8/2002
- Gerstenberger, Heide (2001): "Öffentliche Staatsgewalt? Zum Verhältnis von Korruption und Staatsform", in: *Prokla*, (31)124 Oktober 2001
- Halapua, Winston (2003): *Tradition, Lotu and Militarism in Fiji*, Suva
- ICJ (International Commission of Jurists) (2005): *Fiji: Legal, Submission on the Promotion of Reconciliation, Tolerance and Unity Bill 2005*, Genf
- Khan, Joseph (2000): "Fiji: The Mahogany King's Brief Reign", in: *The New York Times* vom 14.09.00
- Kumar, Sunil (1997): "Institutionalised Racial Discrimination", in: Ganesh Chand/Vijay Naidu (eds.): *Fiji: Coups, Crises, and Reconciliation*, Suva
- Lal, Brij V. (1988): *Power and Prejudice*, Wellington
- Lal, Brij V. (1998): *Another Way: The Politics of Constitutional Reform in Post-Coup Fiji*, ANU Canberra
- Lal, Brij V. (1999): *A Time to Change: The Fiji General Elections of 1999*, Regime Change and Regime Maintenance in Asia and the Pacific Discussion Paper No. 23, ANU Canberra
- Lal, Victor (2005): *Fiji: Amnesty breaches Constitution*, South Asia Analysis Group Papers, No. 1483 vom 02.08.05, Noida
- Lawson, Stephanie (1991): *The Failure of Democratic Politics in Fiji*, Oxford
- Lawson, Stephanie (1992): *Regime Change as Regime Maintenance: The Military Versus Democracy in Fiji*, Regime Change and Regime Maintenance in Asia and the Pacific Discussion Paper No. 6, ANU Canberra
- Prasad, Satendra (1999): "Confronting Neoliberalism: The Peoples Coalition Government in Fiji", in: *Tok Blong Pasifik*, 53(1&2) 1999
- Qarase, Laisenia (2006): *Address to the Nation/Comments on Press Conference* vom 01.11.2006, Suva
- Robertson, Robert T./Tamanisau, Akosita (1988): *Fiji: Shattered Coups*, Sydney
- Sanday, Jim (1998): *UN Peacekeeping, UNIFIL and the Fijian Experience*, Strategic and Defence Studies Centre, Working Paper No. 320, ANU Canberra
- Singh, Shuba (2001): *Fiji: A Precarious Coalition*, New Dehli
- Wilkinson, Marian (2000): "Mahogany Row", in: *The Sydney Morning Herald* vom 27.05.00

Literatur im Internet

- www.fijitimes.com (A) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52569
- www.fijitimes.com (B) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52644 & 52704 & 52707
- www.fijitimes.com (C) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52519 & 52516
- www.fijitimes.com (D) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52643
- www.fijitimes.com (E) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52435
- www.fijitimes.com (F) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52649
- www.fijitimes.com (G) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52711
- www.fijitimes.com (H) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52515
- www.fijitimes.com (I) = www.fijitimes.com/print.aspx?id=52651
- www.news.yahoo.com/s/afp/20061107/wl_asia_afp/fijipoliticsmilitary&printer=1
- www.rfmf.mil.fj
- www.smh.com.au (A) = www.smh.com.au/articles/2006/11/26/1164476080399.html?Page=fullpage#
- www.smh.com.au (B) = www.smh.com.au/news/world/hands-off-fiji-army-commander-warns/2006/11/24/1164341398059.html
- www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,446168,00.html

[www.theage.com.au/](http://www.theage.com.au/2006/11/01/1162278170303.html) (A) = www.theage.com.au/news/WORLD/Fears-of-Fiji-coup-as-tensions-continue/2006/11/01/1162278170303.html
[www.theage.com.au/](http://www.theage.com.au/2006/11/02/1162339949234.html) (B) = www.theage.com.au/news/WORLD/Fiji-army-chief-warns-of-bloodshed/2006/11/02/1162339949234.html
[www.theage.com.au/](http://www.theage.com.au/2006/11/03/1162340029928.html) (C) = www.theage.com.au/news/world/fiji-military-not-here-to-stage-a-coup/2006/11/03/1162340029928.html
[www.theage.com.au/](http://www.theage.com.au/2006/10/28/1161749353466.html) (D) = www.theage.com.au/news/WORLD/Fiji-PM-army-boss-heading-for-show-down/2006/10/28/1161749353466.html
[www.theage.com.au/](http://www.theage.com.au/2006/11/02/1162339984963.html) (E) = www.theage.com.au/news/world/top-cop-an-island-of-calm-in-a-sea-of-chaos/2006/11/02/1162339984963.html
[www.theage.com.au/](http://www.theage.com.au/2006/11/04/1162340095921.html?page=fullpage#) (F) = www.theage.com.au/news/world/pacified-pacific-the-strings-attached/2006/11/04/1162340095921.html?page=fullpage#
[www.theage.com.au/](http://www.theage.com.au/2006/12/05/1165080925446.html) (G) = <http://www.theage.com.au/news/world/howard-refuses-plea-for-help/2006/12/05/1165080925446.html>